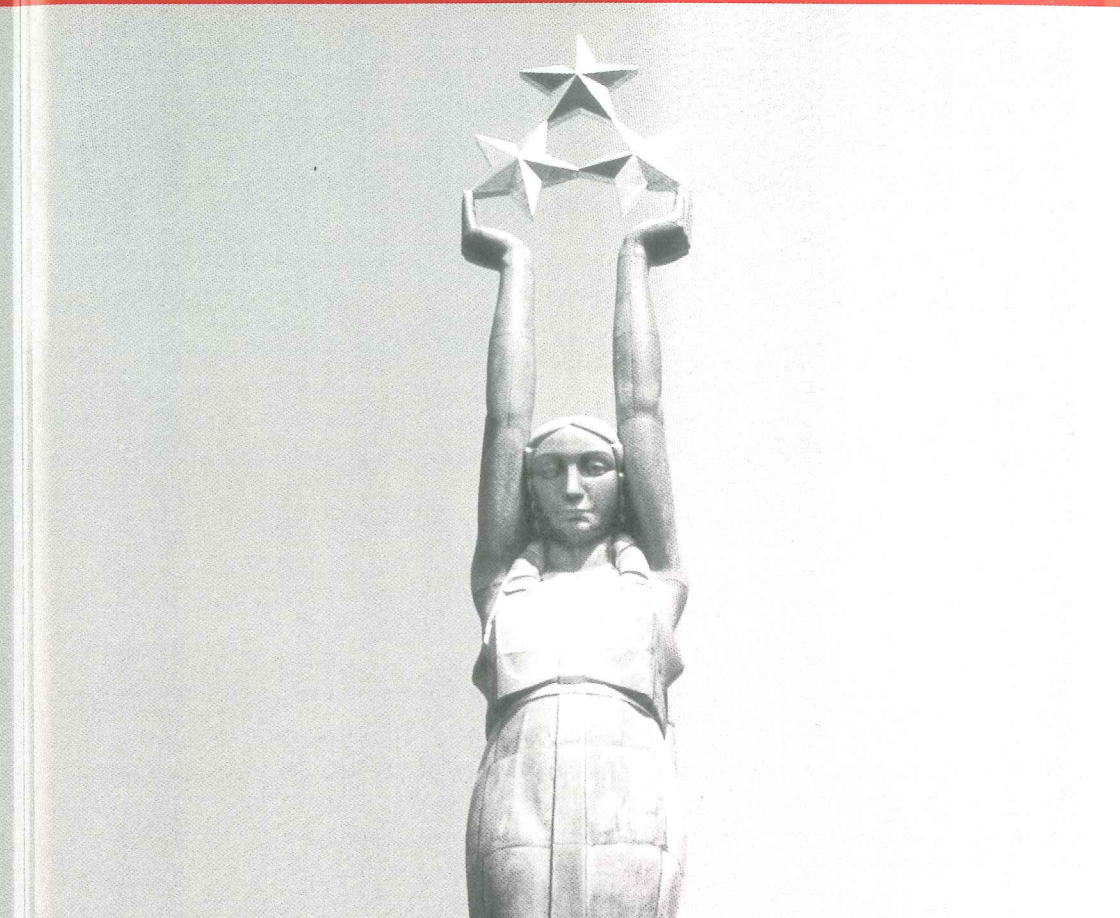
Neue Gesellschaft
Frankfurter Hefte



Editorial

Der Essay

6 BENJAMIN R. BARBER
End of Democracy?

Aktuelles

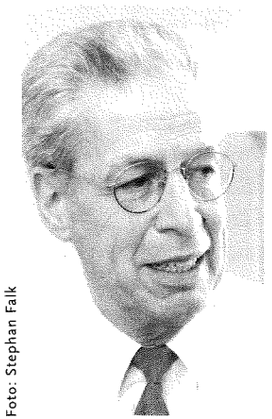


Foto: Stephan Falk

Was bringt die Föderalismus-Kommission? Gespräch mit Henning Scherf.

13 GESPRÄCH MIT HENNING SCHERF
»Es gibt immer noch eine erstaunliche Konsensbereitschaft«

20 PETER GRAFE
Ärmel aufkrempeln statt Gürtel enger schnallen!

23 JUTTA BERGMANN-GRIES
Sozialstaat und Familie

26 ALFRED PFALLER
Fortschritt als Anspruch – Rückschritt als Herausforderung

Europa 2004 – Erweiterung ohne Verfassung

30 KLAUS HARPPRECHT
Nach dem Fiasko von Brüssel

34 CHRISTOPH ZÖPEL
Friedensmacht in einer multipolaren Weltordnung

39 GERT WEISSKIRCHEN
Nutzt Europa seine Chance?

43 JOCHEN THIES
Polen und Deutschland

46 MICHAEL DAUDERSTÄDT
Die soziale Entwicklung in den Beitrittsländern

50 ARNE SCHÖNBOHM
Europas offene Grenzen

54 KLAUS FABER
Lettlands Weg nach Westen

Italien

61 BIRGIT KRAATZ
Korrupte Tyrannen

66 ESTHER KOPPEL
Legge Gasparri

Kontrovers

Foto: dpa-Bildarchiv/Uli Deck

Das Karlsruher Kopftuch-Urteil hat großes Aufsehen erregt. Wir diskutieren es.

71 JOHANNES KANDEL
»Nur ein Kopftuch?«

75 WILHELM HANKEL
Deutsche Staatsräson ist der Sozialstaat

Kultur

81 HEP KREKEL
Das Kulturjahr der Beitrittsländer

83 SABINE ROTHEMANN
Breslau entdecken

87 KERSTIN SCHNEIDER
Die Jungen Osteuropa-Experten (JOE)

90 KATHARINA LEHMANN
HdG Bonn: Historisches über Russen und Deutsche

93 HANS MARTIN LOHMANN
Zeitschriftenforum: Das lange Gedächtnis der Völker

Kritik

96 Hubert Kleinert
Hans Jörg Henneckes Bilanz von Rot-Grün

100 Günter Franzen
Über Gerd Koenens »Vesper, Ensslin, Baader«

102 Judith Klein
Zur demografischen Entwicklung in Deutschland

103 Karin König
Eine neue Biografie über Mustafa Kemal Atatürk

106 Ulrich Teiner
Thilo Bodes trostlose Bilanz

107 Albrecht Betz
Die Geschichte der Rothschilds

109 Hans Karl Rupp
Eine neue Willy Brandt-Biografie

111 Zu den Autorinnen und Autoren

112 Impressum

Titelfoto: dpa-Fotoreport/Peter Hirth Transit; Freiheitsstatue in Riga/Lettland.

Poznan, das ehemalige Posen, ist eine florierende Stadt, in dessen VW-Werk die Facharbeiter mit großer Hingabe arbeiten. Die von VW weltweit durchgeführte Qualitätskontrolle bescheinigt dem Betrieb in Poznan einen Spitzenplatz im Weltkonzern.

Im Bereich des mittleren und gehobenen Managements bewegen sich die Einkommen in Polen bei etwa 50 Prozent der deutschen Einkommen, bei Facharbeitern liegen sie bei 15 Prozent, im gesamten öffentlichen Sektor eher darunter. Arbeitslosenunterstützung wird für ein halbes Jahr gewährt. Analytiker kommen zu dem Schluss, dass bei diesem großen Transformationsprozess, der ohne die soziale Abfederung verläuft, wie sie die Ostdeutschen erfahren, nur 10-15 Prozent der polnischen Bevölkerung sich auf der Gewinnerseite befinden. Jedenfalls ist dies die Momentaufnahme am Vorabend des EU-Beitritts.

Ungefähr die Hälfte der polnischen Bevölkerung lebt derzeit – nach den Angaben der Statistik – in Armut. Aber dies trifft nicht die polnische Wirklichkeit. Der Zusammenhalt der Familien ist groß. Und es gibt ein Beziehungs- und Tauschgeflecht nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten. Das erleichtert die Bewältigung des Alltags. Größere Engpässe lassen sich schließlich durch den amerikanischen Verwandten oder einen Vetter beseitigen, der für einige Monate zur Arbeit nach Westen geht.

Vom dort erhaltenen Geld – nach deutschen Maßstäben häufig ein Hungerlohn – lassen sich nach wie vor doppelte und dreifache Zeiten in Polen bestreiten. Sicher ist, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich nach dem EU-Beitritt eher noch weiter öffnen als schließen wird. Polen stehen mit ziemlicher Sicherheit noch zehn schwierige Jahre bevor. Aus der Erfolgsgeschichte, die im Westen des Landes, in den großen Städten und natürlich auch in Warschau ablesbar ist, lässt sich jedoch bereits schließen, dass diesem großen Land mit 40 Millionen Menschen und einem relativ günstigen Aufstieg eine erfolgreiche Zeit in der Europäischen Union bevorsteht.

Polen wird sich dabei als ein eigenwilliger, aber verlässlicher Partner herausstellen, als ein Land, das wie Frankreich mit seiner Geschichte lebt, aber auch großen Zukunftsoptimismus an den Tag legt. Es ist gut für Deutschland, dass es nun mit seinem Partner im Osten in einen Wettbewerb eintreten muss, bei dem beide Länder profitieren werden, wirtschaftlich und ideell. Polen hat gegenüber Deutschland – so hat es den Anschein – Unterlegenheits- und Überlegenheitsgefühle. Und in Deutschland liegen die Dinge nicht viel anders.

Es wird nun darauf ankommen, im Alltag eine Beziehung zu entwickeln, die sich bewährt und die nicht mehr – wie es bei vorangegangenen Generationen der Fall war – von Gerüchten lebt, von Vorurteilen, die sich halten, wenn man zu wenig über den anderen weiß. Deutschland und Polen müssen nun etwas aus dem Glück machen, das die Geschichte für die beiden 1989/90 bereit hielt. Dass es so kam, hat viel mit polnischem Willen zu tun, sich in schwierigem Umfeld zu behaupten. Im Grunde genommen ist damit der europäische Auftrag der nächsten Jahrzehnte beschrieben.

MICHAEL DAUDERSTÄDT

Die soziale Entwicklung in den Beitrittsländern

»Die Polen wollen gern die Einkaufsmöglichkeiten von Amerika, den Wohlfahrtsstaat von Schweden und die Arbeitsbedingungen des sozialistischen Polen«, bemerkte ein Beobachter des Transformationsprozesses zur Zeit des Umbruchs. Fast fünfzehn Jahre später treten Polen und sieben weitere postkommunistische Länder Mittel- und Osteuropas der Europäischen Union bei. Aber sind sie am Ziel ihrer Wünsche angekommen?

Zumindest in den Hauptstädten der Beitrittsländer stellt sich der gesellschaftliche Reichtum als eine Vielfalt von Waren dar, die den Vergleich mit dem Westen nicht scheuen muss. Aber wer kann sich den Einkauf leisten? Die Besserverdienenden sind eine relativ kleine Gruppe der Bevölkerung, und die große – und meist auch noch wachsende – Gruppe der Armen wird nicht von einem schwedischen Wohlfahrtsstaat geschützt. Auch die Arbeitsbedingungen mussten sich unter dem Druck der Konkurrenz anpassen. Vorbei sind die realsozialistischen Zeiten des »Wir tun so, als ob wir arbeiten; ihr tut so, als ob ihr uns bezahlt«. Stattdessen steigt die Produktivität – zumindest im modernen, privaten Sektor – auch dank massiver Freisetzungen, die in fast allen Beitrittsländern seit 1990 die vorher unbekannte Arbeitslosigkeit dramatisch anwachsen ließen.

Sehen wir es uns etwas systematischer an: Die soziale Lage hängt *erstens* vom *output* und Wachstum der Wirtschaft ab. Denn wo wenig produziert wird, ist auch wenig zu verteilen. Der *zweite* wichtige Faktor ist die »Primärverteilung«, also wer wie viel vom – hoffentlich wachsenden – Kuchen abbekommt, wie viel an Löhnen gezahlt wird und was an Gewinnen anfällt. Schließlich und *drittens* kommt dann noch der Wohlfahrtsstaat mit seiner »Sekundärverteilung«, der von den primären Einkommen mittels Steuern und Sozialabgaben einen oft kräftigen Teil einstreicht und ihn in Form von Transfereinkommen wie Renten, Arbeitslosen- oder Sozialhilfe oder in Gestalt von allen zugänglichen öffentlichen Leistungen umverteilt.

In den postkommunistischen Beitrittsländern haperte es meist schon beim Wachstum. Der Kuchen schrumpfte mit dem Umbruch erst mal gewaltig, am stärksten in den baltischen Ländern, wo das Bruttosozialprodukt am längsten und tiefsten fiel – in Lettland sogar auf weniger als die Hälfte des alten Spitzenniveaus. Damit verbunden war ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Armut. Aus dieser »Transformationsrezession« befreiten sich die ostmitteleuropäischen Länder mit unterschiedlichem Erfolg. Zwar lagen die Wachstumsraten in den neunziger Jahren durchschnittlich höher als etwa in Westeuropa, aber von einem starken Aufholprozess konnte keine Rede sein. Ungarn und Tschechien, die an sich zu den (erfolg-) reicheren Transformationsländern zählen, litten Mitte des vergangenen Jahrzehnts unter Finanzkrisen, die das Wachstum ins Stocken brachten. Das bis zum Jahr 2000 besonders kräftig wachsende Polen kam dann auch in eine Krise, welche die Arbeitslosigkeit auf über 18 Prozent ansteigen ließ. Die baltischen Länder erfreuten sich eines höheren Wachstums, allerdings ausgehend von einem recht niedrigen Niveau.

Im Endergebnis haben viele Beitrittsländer heute das Niveau von 1989 noch gar nicht wieder erreicht oder nur im bescheidenen Maße überschritten. Allerdings muss man sehen, dass diese etwas trostlose Bilanz bei der Messung des Volkseinkommens wichtige qualitative Verbesserungen unterschlägt: Qualität und Vielfalt des Warenangebots haben zugenommen. Die im Realsozialismus notorischen Warteschlangen vor den Läden sind verschwunden. Und es existiert eine beachtliche Schattenwirtschaft, die viel zum realen Reichtum, zur alltäglichen Versorgung und zur sozialen Stabilität Mittel- und Osteuropas beiträgt.

Wie verteilte sich dieser gesamtwirtschaftliche Zuwachs? Kurz: deutlich ungleicher als zu Zeiten der realsozialistischen Planwirtschaft. Zum einen nahmen die regionalen Disparitäten zu. Rasch wuchs die Wirtschaft in den westlichen Regionen dank der Nähe zu den reichen Märkten Deutschlands und Österreichs und in den Hauptstädten wegen des Zustroms der Touristen (vor allem Prag und Budapest) und der Konzentration der neuen, expandierenden Dienstleistungssektoren. Zum anderen kam es zu sektoralen Verwerfungen, weil einst wichtige Industriezweige, vor allem die

Schwer- und Rüstungsindustrie, schrumpften oder abgebaut wurden. Dem standen neue, aber meist weniger Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich und in modernen, oft von ausländischen Investoren errichteten Unternehmen gegenüber.

Die in diesen Sektoren geschaffenen Einkommen kamen aber den Beschäftigten nur in einem geringen – und eher sinkenden – Maß zugute. Das wäre weniger bedenklich, wenn das Produktivvermögen gleichmäßig verteilt wäre und steigende Kapitaleinkommen somit niedrige Löhne ausgleichen würden. Aber die Privatisierung der Staatsunternehmen erfolgte meist in undurchsichtigen Verfahren, die oft Insider aus der alten *Nomenklatura* und andere Pseudoinvestoren selbst da bereicherte, wo – wie in der Tschechoslowakei – durch *Coupons* scheinbar eine egalitäre Verteilung angestrebt wurde.

»Frühreifer Wohlfahrtsstaat«

Allgemein hielten die Löhne mit dem Produktivitätszuwachs kaum Schritt. Gerade in den neuen Wirtschaftszweigen und -unternehmen ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad sehr niedrig, und die drohende Arbeitslosigkeit trägt ebenfalls zur Disziplinierung der Arbeitnehmer bei. Die früher zumindest zahlenmäßig starken Gewerkschaften haben die meisten Mitglieder verloren und sind vor allem in den Wachstumsbranchen kaum vertreten. So sind zwar die Reallöhne ebenfalls gestiegen, aber die Gewinne deutlich stärker. In dem Maß, wie diese Gewinne ausländischen (oft deutschen) Investoren zukommen, nähern sich gerade die bei der Einwerbung von ausländischen Direktinvestitionen erfolgreichen Beitrittsländer wie Ungarn dem irischen Modell. In Irland ist die Lohnquote in den vergangenen 20 Jahren von 77 auf 53 Prozent gesunken, und etwa ein Fünftel des Bruttoinlandsproduktes fließt an die ausländischen Investoren ab.

Was konnte die wohlfahrtsstaatliche Umverteilung zur Linderung der Armut beitragen? Die sozialen Sicherungssysteme mussten beim Systemwechsel erhebliche Anpassungen durchlaufen. Im Realsozialismus wurden zahlreiche öffentliche Dienstleistungen von den (Staats-)Unternehmen organisiert und die bescheidenen geldlichen Transfereinkommen (praktisch überwiegend Renten, da es offiziell keine Armen und Arbeitslosen gab) erlaubten ein bescheidenes Auskommen, da die Preise der Grundbedarfsgüter wie Wohnung, Lebensmittel, Kleidung, Heizung, Transport subventioniert und entsprechend niedrig waren. Mit der Transformation wurden die meisten Preise freigegeben, und der reale Wert der Transfereinkommen sank drastisch, da nominale Erhöhungen angesichts knapper Kassen eher bescheiden ausfielen.

Trotzdem kann man mit dem ungarischen »Wirtschaftsweisen« Janos Kornai von einem »frühreifen Wohlfahrtsstaat« in den Beitrittsländern sprechen. Denn die Sozialausgaben und die Sozialversicherungsbeiträge liegen angesichts der niedrigen Einkommen beachtlich hoch und als Anteil am Sozialprodukt fast auf westlichem Niveau. Liberale Kritiker befürchten sogar, dass dies die Wettbewerbsfähigkeit der Neumitglieder untergraben könnte, zumal wenn die EU eine Erhöhung oder Stabilisierung des Sozialleistungsniveaus erzwingt. Aber die Höhe der Ausgaben resultiert weniger aus einem hohen individuellen Leistungsanspruch (die Arbeitslosenunterstützung liegt bei durchschnittlich einem Drittel der Löhne) als mehr aus der Vielzahl von Empfängern – sie ist also eher Ausdruck der Krise als der sozialen Sicherheit. Diese Vielzahl der Empfänger rührt zum einen von der hohen Arbeitslosigkeit (über zehn Prozent mit Ausnahme Tschechiens, Ungarns und Sloweniens), zum andern von der hohen Zahl der Rentner her. Denn im Altersaufbau unterscheiden sich die Neumitglieder kaum von der »alten« EU. Ähnlich ist

Karikatur: Achim Greser & Heribert Lenz

daher auch die Reformdebatte: Bei den Renten etwa hat z.B. Ungarn nicht zuletzt auf Anraten der WELTBANK ein Mischsystem mit drei Säulen eingeführt.

Das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen wie im Erziehungsbereich und im Gesundheitswesen leidet unter den Sparzwängen der öffentlichen Haushalte. Die Steuereinnahmen in den Beitrittsländern sind – gemessen als Anteil am Volkseinkommen – etwa sieben Prozentpunkte niedriger als in der EU, und der Fiskus muss sich noch stärker als im Westen auf indirekte statt direkte Steuern stützen. Zwar sind auch die Löhne und Gehälter im Staatssektor niedriger, was mehr Leistung bei gegebenen Staatsausgaben ermöglicht. Aber im Endeffekt beklagen sich viele Menschen über den Rückbau der öffentlichen Leistungen, soweit sie nicht ohnehin privatisiert wurden. Zwar schneiden die Beitrittsländer bei internationalen Vergleichen zum Schulerfolg oft blendend ab, aber diese Stärke verdeckt einen Mangel an guter universitärer Ausbildung, der auch zu einer enorm hohen Jugendarbeitslosigkeit (zwischen zehn Prozent in Ungarn und 40 Prozent in Polen) beiträgt.

Mit dem EU-Beitritt wird mehr Geld ins Land fließen, doch es ist fraglich, ob dies die soziale Lage spürbar verbessert. Das irische Beispiel zeigt, dass auch die ausländischen Investoren die Hauptgewinner von EU-finanzierten Ausbildungsprogrammen und Infrastrukturinvestitionen sein können. Der Geldsegen für die öffentlichen Haushalte der Neumitglieder, der anders als bei der Süderweiterung auf vier Prozent des Volkseinkommens begrenzt ist, erfordert auch eine nationale Kofinanzierung, die den Mitteleinsatz für andere – z.B. soziale – Zwecke erschwert.

Die heutigen EU-Mitglieder betrachten den Beitritt der armen Ostmitteleuropäer mit gemischten Gefühlen. Während Unternehmer und Haushalte sich auf billige Arbeitskräfte und – dank niedriger Löhne – preiswerte Waren und Dienstleistungen freuen,

fürchten vor allem wenig qualifizierte Arbeitnehmer die Konkurrenz. Die kann sich in Form von Einwanderern, Pendlern, Billigimporten oder Produktionsverlagerung Geltung verschaffen. Überzogen sind dagegen Bedenken wegen einer reinen Sozialmigration, da der Anspruch auf Sozialleistungen auf legal Gebietsansässige beschränkt ist und sich deren Zuwachs fast nur durch Familienzusammenführung ergibt.

Echte Einwanderer sind mit Beschränkungen konfrontiert, die vor allem auf Druck Deutschlands und Österreichs in die Beitrittsabkommen aufgenommen wurden und für maximal sieben Jahre gelten. Sie sind aber auch insofern eine geringere Konkurrenz, als sie als »Dauergäste« bald ähnlich hohe Lebenshaltungskosten und damit Lohnansprüche haben wie die einheimischen Arbeitnehmer. Pendler dagegen profitieren von den niedrigen Lebenshaltungskosten im Herkunftsland, sind aber nur im grenznahen Raum oder für begrenzte Zeit (Saisonarbeiter) auf dem Arbeitsmarkt.

Billigimporte von Dienstleistungen, etwa erbracht durch Scheinselbstständige im Transport- oder Baugewerbe, sind kaum zu umgehen, da die Niederlassungsfreiheit schon in den Assoziationsabkommen garantiert war. Für mögliche Produktionsverlagerungen sinken mit dem Beitritt zwar Restrisiken, die Investoren vielleicht vorher noch zögern ließen. Aber auch die Kosten steigen, wenn Unternehmen alsbald die EU-Regeln im Sozial- und Umweltbereich erfüllen müssen und bisher übliche Subventionen und Steuererleichterungen der Gastländer dem strengen EU-Wettbewerbsrecht weichen müssen.

Fassen wir zusammen: Die Erweiterung bedroht also unseren Wohlstand nicht, höchstens seine bisherige Verteilung. Die Beitrittsländer ihrerseits bewegen sich – um zum Anfang zurückzukehren – eher auf amerikanische Arbeitsbedingungen, schwedische Einkaufsmöglichkeiten und einen deutschen Wohlfahrtsstaat zu.

ARNE SCHÖNBOHM

Europas offene Grenzen
Herausforderungen für die Innere Sicherheit

Als vor kurzem der Terrorangriffe in den USA vom 11. September 2001 gedacht wurde, rückte das Thema »Innere Sicherheit« weltweit wieder für einige Tage ins Zentrum der medialen Aufmerksamkeit. Mit Blick auf die Regierungsbilanzen zur Terrorismusbekämpfung wurde in den vergangenen zwei Jahren in der Tat einiges erreicht, was Wahnsinnstaten wie die Flugzeugattentate auf das World Trade Center und das Pentagon heute unwahrscheinlicher erscheinen lässt. Dennoch warnen alle Experten, der schlimmste Fehler sei die Annahme, die Bedrohung sei vorbei. Die westlichen Gesellschaften werden in Zukunft mit der Tatsache einer abstrakten Gefährdung durch transnationale Terrornetzwerke leben müssen.

Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, ist die erste Aufgabe des Staates. Das bedeutet Wachsamkeit, um die Freiheit zu sichern und zu bewahren – ohne dabei einem Überwachungsstaat Vorschub zu leisten, der diese Freiheit reglementieren und einschnüren würde.

Kooperation, Koordination und – wo nötig – Zentralisation sind Kernanliegen aller nationalen und internationalen Maßnahmenkataloge zur Terrorismusbekämpfung. Sie dienen der Verbesserung der operativen Abstimmung sowie der Klarstellung der Federführung bei Kriseneinsätzen. Die dahinter stehende Frage – »Wer macht was? Und wer ist wofür zuständig?« – war in den USA im Vorfeld des 11. September 2001 unbeantwortet geblieben. Die Konsequenz der Regierung Bush war die Errichtung des DEPARTMENT OF HOMELAND SECURITY (DHS) zur Sicherung des amerikanischen Territoriums und seiner Bürger. Das DHS – mit über 150.000 Mitarbeitern das vermutlich größte Ministerium der Welt – bündelt 22 verschiedene, mit Sicherheitsfragen beschäftigte Behörden. Hinter seiner Errichtung steht die Erkenntnis, dass nur die Verzahnung der Arbeit aller Sicherheitsbehörden eine effektive Terrorismusbekämpfung ermöglicht.

In Deutschland wird über *homeland security* nur verhalten debattiert, was man auch an der Begrifflichkeit sieht: Es gibt keinen deutschen Ausdruck für »homeland security«. Der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz bezieht sich eher auf den Kalten Krieg als auf die aktuellen neuen asymmetrischen Gefahren. Die grundgesetzlich festgeschriebene Gewaltentrennung in zivile und militärische Aufgaben (Art. 87a, Art. 35 GG) steht nicht zur Disposition, die Notwendigkeit zur Gründung einer nationalen Heimatschutzbehörde wird weitestgehend verneint. Nichtsdestoweniger hat der Gesetzgeber schnell und konkret reagiert. Mit den »Sicherheitspaketen I und II« hat die Bundesregierung ein ganzes Kaleidoskop von Einzelmaßnahmen zur Terrorbekämpfung verabschiedet. Auch der Katastrophenschutz ist wieder ein Thema der Politik geworden. Dies zeigt die vom Bund initiierte »Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung« (Juni 2002), welche die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern für außergewöhnliche Gefahrenlagen festschreibt, sowie der Gesetzentwurf »über die Errichtung eines Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe«.

Der Entwurf des Luftsicherheitsgesetzes, das im Notfall dem Verteidigungsminister das Recht gibt, den Abschuss eines beispielsweise von Terroristen gekaperten Flugzeuges durch Kampfjets der Bundeswehr zu befehlen, ist noch Gegenstand politischer Diskussionen. Unabhängig von der Rechtsfrage, ob ein drohender Terrorangriff unter den in Artikel 35 GG beschriebenen »besonders schweren Unglücksfall« subsumiert werden kann oder eine Grundgesetzänderung zwingend wäre: Der in diesem Gesetzentwurf beschriebene Notfall hat einen verstörenden Charakter, da er schlaglichtartig vor Augen führt, welche furchtbaren Katastrophen Terror herbeiführen kann.

Der internationale Terrorismus islamisch-fundamentalistischer Ausprägung ist und bleibt ein wesentliches Sicherheitsproblem. Er richtet sich gegen die ganze Bevölkerung als »weiches Ziel«, um das Sicherheitsgefühl der freiheitlichen Gesellschaften des Westens zu zerstören. Er ist in dezentral strukturierten Netzwerken weltweit verzweigt, und theoretisch in der Lage, in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu gelangen. Sie finanzieren sich durch vielfältige Formen organisierter Kriminalität – illegale Geschäfte mit Drogen, Waffen und so genannten Blutdiamanten (Länder in Afrika, in denen Kriege zu erheblichem Teil durch Handel mit Diamanten finanziert werden). Menschenhandel und Lösegelderpressung. Die Gewinne werden insbesondere in technologisches *Know-how* investiert: Terrornetzwerke verfügen schon heute über Kommunikationsinfrastrukturen, die denen der Sicherheitsbehörden, die sie verfolgen, überlegen sind. Es wäre fatal anzunehmen, dass beispielsweise *Al-Qaida* den staatlich handelnden Akteuren des Westens *a priori* technisch unterlegen sei. Der 11. September 2001 hat gezeigt, dass eher das Gegenteil zutrifft.

Wesentliches Merkmal dieses neuen Terrorismus ist seine transnationale Vernetzung. Die hier zum Ausdruck kommende Globalisierung privater Gewalt kann nicht alleine mit nationalen Maßnahmen eingedämmt und bekämpft werden. Dies gilt erst recht für supranationale Gemeinschaften wie die Europäische Union, denn offene Grenzen bieten auch offene Flanken für unsere Sicherheit. Ohne die Gewährung von Sicherheit aber ermangelt es ganz existenziell der Ausübung der Freiheit. Artikel 6 der Grundrechtscharta der EU weist auf diesen von der klassischen Theorie des Liberalismus geprägten Bedingungszusammenhang hin: »Jede Person hat das Recht